72. Jahrgang. № 257 — Sonnabend, 2. Juni 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 3.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Deutsche Freiheit das Ziel des Stahlhelms.

Das Ideal des neuen deutschen Menschen. — Der Glaube an eine deutsche Zukunft.

Die Botschaft des Bundes der Frontsoldaten.

Der Auftakt der Hamburger Stahlhelmtagung.

Hamburg, 1. Juni. Während in allen Gauen Deutschlands die ersten Sonderzüge des Stahlhelms zum großen Aufmarsch in Hamburg sich in Bewegung setzten, begann heute vormittag die Reihe der offiziellen Veranstaltungen mit **feierlichen Kranzniederlegungen am Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Bismann-Denkmal und Bismarck-Denkmal** durch die beiden Bundesführer, die anschließend die im Bundesstabsquartier versammelte Presse begrüßten. Den eigentlichen Auftakt des 9. Reichsfrontsoldatentages bildete die große Veranstaltung im Sagebiel, zu der rund 4000 Menschen bereits eine Stunde vor Beginn den riesigen Doppelsaal füllten. Nach dem stürmisch bejubelten Einmarsch der Fahnen brachte der zweite Bundesführer, **Oberstleutnant Duesterberg**, die zweite Stahlhelmbotschaft zur Verlesung.

Die Botschaft erklärt:

„Der Stahlhelm kennt den Krieg und wünscht deshalb den Frieden. Nur Wille und Kraft zur Verteidigung erhalten den wahren Frieden. Das furchtbare Hamburger Giftgasunglück zeigt, was unser wehrloses Volk in einem Zukunftskriege zu erwarten hat. Nur die Gleichberechtigung in der Wehrstärke aller Nationen sichert den Frieden.

Der Stahlhelm fordert, daß eine deutsche Außenpolitik, die wirklich Erfolge erringen will, ihre ersten Anstrengungen nach innen richtet. Er lehnt die Anpreisungen von Scheinerfolgen und Umfälschung von Niederlagen in Erfolge ab.

Der Stahlhelm fordert nachdrücklichst den Widerruf der Kriegsschuldlüge. Wir lehnen den Völkerbund ab, solange er ein Machtmittel der bis an die Zähne gerüsteten Siegerstaaten bleibt. Der Stahlhelm erkennt den Raub der deutschen Heimat und Kolonialgebiete nicht an.

Er lehnt den Verzicht auf den für Deutschlands Wirtschaft notwendigen Ostraum ab. Er lehnt die Reparationen, die eine Wiedergutmachung bedeuten sollen, ab, weil sie in Wahrheit zu einer Kriegsentschädigung geworden sind, die nur mit wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmitteln von Deutschland erpreßt ist. Niemals werden wir zugeben, daß diese rein politischen Zahlungsforderungen in Ansprüche umgewandelt werden, für die die Grundsätze des bürgerlichen Schuldrechts gelten und daß Versprechungen auf die Räumung besetzter Gebiete ein Handelsgegenstand werden.

Der Stahlhelm erkennt, daß durch die bolschewistische Lehre und Bewegung in besonderer Weise der Grundsatz des Privateigentums bedroht ist. Wir verteidigen auch das kleinste Privateigentum als Grundlage jeder Kultur.

Der Stahlhelm fordert nationale Wirtschaft und Stärkung des inneren Marktes zur Erlangung der deutschen Nahrungsfreiheit. Der Deutsche muß mit der Weltwirtschaft in Wechselbeziehung bleiben, aber die Staats-, Wirtschafts- und Finanzpolitik haben dafür zu sorgen, daß die deutsche Selbständigkeit gegen die wachsende Ueberfremdung geschützt und die deutsche Selbstbehauptung gesichert wird. Die deutsche landwirtschaftliche und industrielle Erzeugung muß in die Lage versetzt werden, mit ihren Gestehungskosten den Wettbewerb des Auslandes ertragen zu können. Finanz- und Steuerpolitik müssen sich diesem Gebot fügen.

Der Stahlhelm erkennt, daß das Schicksal des Arbeiters abhängig ist vom Schicksal der Nation. Der Stahlhelm, der um die deutsche Freiheit ringt, kämpft deshalb für den deutschen Arbeiter, aber er zeigt ihm nicht allein das Zukunftsbild der Befreiung, sondern leistet auch planmäßig soziale Gegenwartsarbeit.

Der Stahlhelm verlangt die arbeitsrechtliche Gleichstellung aller Arbeitnehmer.

An Stelle einer gleichmachenden Lohnpolitik müssen Aufstiegsmöglichkeiten durch Bewertung der Leistung geboten werden. Den führenden Kreisen der Wirtschaft ruft der Stahlhelm zu, sich ihrer nationalen Verantwortung dem deutschen Arbeitnehmer gegenüber bewußt zu sein. Die Massen eines Volkes sind so gut und so schlecht wie die Führung eines Volkes. (Brausende Zustimmung.) **Die richtige seelische Behandlung des Menschen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Unternehmertums.** Der Stahlhelm weiß, daß es dem deutschen Arbeiter niemals genügen wird, nach den Grundsätzen der heutigen Sozialpolitik versorgt zu werden. Der deutsche Arbeiter will für seine Berufsarbeit die Gleichberechtigung des freien Bürgers. Der deutsche Arbeiter gehört zum Stande seiner Berufsarbeit, in welchem er die Stelle fordert, die er durch seine Persönlichkeit einzunehmen berechtigt wird. Die Rechtsordnung wird für diese neue soziale Auffassung die Rechtssätze und den Rechtsschutz finden müssen. **Mit dieser Neuordnung wird unvereinbar sein die Duldung eines Bürgerkrieges, wie er heute in den Formen von Streik und Aussperrung als rechtlich erlaubt geführt werden kann. Solchen Bürgerkrieg kann ein gesundes Volk nicht dulden, noch weniger aber ein Volk in Not ertragen, das sich die Freiheit zurückgewinnen will.**

Unsere Arbeit soll der Zukunft Deutschlands dienen. Wir wollen den Geist der Verneinung, des internationalen Materialismus und der Selbstsucht überwinden durch den Geist der Hingabe und des Opfermutes, im Glauben an den Sieg des Guten, im Glauben an Gott.

Die Freiheit im Staat, die Freiheit in der Welt, die Freiheit der Arbeit, die Freiheit der Seelen: das ist unser Programm."

Die Ansprache des Bundesführers Seldte.

Nachdem Oberstleutnant Duesterberg die von der Versammlung begeistert aufgenommene Kundgebung verlesen hatte, ergriff der erste Gründer und Bundesführer

Franz Seldte

das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er, oft von spontanem Beifall unterbrochen, etwa folgendes ausführte:

„Mit unseren Aufmärschen verbinden wir im Stahlhelm eine Idee, wie sie auch dieses Mal in der Botschaft ihren Ausdruck findet. Der Aufmarsch ist in diesem Jahre deshalb nach Hamburg gelegt, weil Hamburg, die größte Hafenstadt Deutschlands, eine Warte ist, von der die Stimme des Stahlhelm im Inland und Ausland zu vernehmen ist. Man hat Hamburg das Fenster Deutschlands genannt. **Wir treten vor dieses Fenster Deutschlands, auf daß alle unser Gesicht sehen, unser Wesen und unseren Willen erkennen sollen.**

Man soll sehen, daß wir allein die Freiheit Deutschlands wünschen.

Der Stahlhelm überliefert und trägt die Tradition der stolzen, alten Armee. Aber seine eigentliche Art und Kraft besteht in etwas anderem, ist etwas ganz Neues. — Diese Kraft und dieser Aufmarsch von hunderttausend Mann in Hamburg und zur gleichen Zeit in Ostpreußen und dann in Schlesien beruht nicht auf der Disziplin und Befehlsgewalt des alten Heeres. Diese Leistung beruht allein auf der freiwilligen Disziplin und auf dem bewußten, freiwilligen Sich-zur-Verfügungstellen der Kameradschaft.

Das deutsche Volk hat vor zwei Wochen den Reichstag neu gewählt. Die sozialistischen Parteien haben an Stimmenzahl und Mandatsbesitz sich wieder dem Stande genähert, den sie bei den Wahlen zur Nationalversammlung durch Ausnutzung der Schwäche eines niedergebrochenen Volkes und mit den Mitteln eines unerhörten Trugs erreicht haben. Die nichtsozialistischen Parteien haben eine schwere Niederlage erlitten.

Der Stahlhelm erklärt, daß die Parteien, die den Kampf für die deutsche Freiheit und gegen den internationalen Marxismus verkünden, aber sich unfähig erweisen, diesen Kampf siegreich durchzuführen, abtreten sollen. Der Stahlhelm erklärt, daß das deutsche Volk sein Schicksal verdient, wenn es nicht die Kraft aufbringt, im politischen Kampfe auch mit dem Stimmzettel das Lebensrecht seines Staates zu verteidigen.

Die Stahlhelm-Botschaft zeigt den Mannesgeist und Wehrgeist und ein Herrentum, das nur derjenige empfindet und denken kann, der gefochten hat und bereit ist, wiederum einzutreten. — **Wir brauchen die Freiheit des deutschen Menschen, die Freiheit des Gebietes und die Freiheit für die Reichweite und Betätigung unserer deutschen Kraft. Wir brauchen eigenes Land zum Siedeln, zum Arbeiten, zum Leben und zum Ansatz unserer Ueberkraft.**

Wir müssen auch im Ausland von denen verstanden werden, die selbst gefochten haben.

Noch stehen wir unter der Bindung von Verträgen, die unser und der einstigen Gegner nicht würdig sind. Verträge sind nicht ewige Naturgesetze. Sie können mit Brücken verglichen werden, die über Ströme und Abgründe führen und verbinden sollen, — die aber, wie alles menschlich Konstruierte, erneuert und ausgebessert werden müssen. Man kann aber auch andere Brücken schlagen, wie es Köhl und die anderen Ozeanflieger taten. Und ich denke weiter: Es muß auch gehen, neue Brücken zu schlagen, wenn die Welt sieht, daß das neue Deutschland der Frontsoldaten nicht nur Arbeitsmenschen, sondern auch Gentlemen erziehen will. **Auch wir erstreben den deutschen Mann, der den Begriff des Gentleman in sich birgt: Lebenskenntnis und Geistesklarheit, Selbstbewußtsein und Unbefangenheit, Mäßigung und Herzensgüte, Tapferkeit und Freisein vom Alltagskram. Will man aber so denken, dann kann man nur in einem freien Lande leben,** und es wird bei der Bitterkeit des Kampfes auch der beste Mann eines Tages vor die Tatsache gestellt, daß man letzte Entscheidung nicht durch Geld abkaufen kann, sondern, daß dann das Blut seine Sprache spricht.

Die Hamburger Botschaft des 9. Reichsfrontsoldatentages sagt, was wir wollen. Möge sie hinausklingen durch Deutschland und in die weite Welt. Und möge sie Werbung sein bei allen guten Deutschen. Mit klarem Verstande und kühlem Blick sind wir an das Fenster von Hamburg getreten. Möge das Fenster sich zum Tor wie in Hamburgs Stadtwappen weiten und auftun, auf daß unsere Botschaft und unsere Werbung Widerhall und viele Freunde finden. **Mit Lebenskenntnis, mit Geistesklarheit, aber auch mit opferbereitem Herzen setzen wir uns für die Freiheit Deutschlands ein. Wir werden in diesem Kampfe nicht nachlassen, nicht nachlassen in der Kraft des Willens und in der Inbrunst des Glaubens an das Gerechte unseres Kampfes.**

Abschaffung des Streikrechts.

Deutschland bedarf zur Heilung der durch Krieg, Revolution und Inflation geschlagenen Wunden der Zusammenarbeit aller Schichten seines Volkes. Daß neben vielen anderen Faktoren der Wirtschaftsfriede dieser Zusammenarbeit am besten dienen würde, ist gewiß die Ueberzeugung aller einsichtigen Staatsbürger. Aber zwischen dieser Erkenntnis und der Umsetzung des Gedankens in die Tat ist noch ein weiter Weg. Wie ungeheuer schädigend wirtschaftliche Kämpfe für ein Land sein können, das hat der große englische Kohlenstreik sehr anschaulich vor Augen geführt. Deutschland ist in den letzten Monaten nur mit knapper Not ähnlichen Arbeitskämpfen, die für die Nation schwere finanzielle Verluste gezeitigt haben würden, aus dem Wege gegangen. Aber sie können jeden Tag wieder aufflammen, denn noch Hunderte von Tarifverträgen gehen ihrem Ende zu, und die Eisenpreiserhöhung sowie die geplante Steigerung der Reichsbahntarife werden die Lohnerhöhungsforderungen der Gewerkschaften noch mehr emporschnellen lassen. Kommt es dabei zu keiner Einigung zwischen den Parteien, so greifen die Arbeitnehmer meistens gleich zu ihrer stärksten Waffe im Wirtschaftskampf, dem Streik, der dann als Gegenmaßnahme der Arbeitgeber die Aussperrung nach sich zieht. Hält sich ein Arbeitskampf in engeren Grenzen, so schädigt er die betroffenen Wirtschaftszweige mehr oder minder, geht aber für das Gesamtwirtschaftsleben der Nation als erträglich vorüber. Von unabsehbar schädlichsten Folgen jedoch sind Arbeitskämpfe, die zu einem Generalstreik sich ausdehnen. Bei der straffen Organisation der Arbeitnehmer und der immer weiter um sich greifenden Radikalisierung der Gewerkschaftsleitungen ist leider die Gefahr großer Streiks, die dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands schwersten Abbruch tun können, nicht von der Hand zu weisen. Solchen Schädigungen des Gesamtwohls vorzubeugen, und um der deutschen Wirtschaft in ihrem schweren Konkurrenzkampf mit dem Auslande zu helfen, wäre es im wohlerwogenen Staatsinteresse durchaus angebracht an Stelle der die Produktion mordenden und den Klassenhaß züchtenden Arbeitskämpfe den Arbeitsfrieden zu setzen, der allein der Förderung der Wirtschaftskräfte und des Gemeinnutzens dienen kann.

Es gibt viele Wege, die zur Beseitigung der Wirtschaftskämpfe führen können. In Schweden hat jetzt das Parlament einen, vielleicht den besten dazu, beschritten. In einer mit elf Stimmen Mehrheit angenommenen Gesetzesvorlage wird das Streikrecht abgeschafft und bestimmt, daß für alle Streitfälle zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern grundsätzlich das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren einzuleiten ist. Diese Maßnahme wird ohne Zweifel für die künftige Entwicklung der internationalen Arbeitsgesetzgebung von einschneidender Bedeutung werden und vielleicht noch die zurzeit in Genf tagende Internationale Arbeitskonferenz beschäftigen. Es braucht keiner langen Begründung für die Ansicht, daß schon die bloße Erwägung, auch in Deutschland dem Beispiele Schwedens zu folgen, in Arbeitnehmerkreisen zumindest heftige Erregung, in den Gewerkschaften aber leidenschaftlichsten Widerstand auslösen würde. Denn das Streik„recht" ist eine der „heiligsten" Errungenschaften des Marxismus, obwohl es der von den Sozialisten in allen staatlichen Angelegenheiten sonst vertretenen Parole: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" strikt zuwiderläuft. Es ist nicht uninteressant, einmal nachzuzeichnen, wie durch die marxistische Führerschicht den breiten Massen der deutschen Handarbeiter die Anschauung eingeimpft worden ist, daß der Streik ein errungenes „rechtliches Mittel im Arbeitskampf" sei. Das Land, das jetzt als erstes das Streikrecht gesetzlich abschafft, hat auch den ersten großen Wirtschaftskampf erlebt. 1909 erklärten die schwedischen Arbeiter den Generalstreik in allen Betrieben. Während sich die Gewerkschaften der übrigen Länder von irgendeiner Stellungnahme fernhielten, wurde die Idee des Generalstreikes von den deutschen Arbeiterorganisationen sogleich in die öffentliche Erörterung geworfen. Bebel hat damals durchgesetzt, daß die bisher als wirtschaftliche Kampfmittel — aber nur selten — angewandten Einzelstreiks für die Zukunft auch zu politischen Zwecken nutzbar gemacht wurden durch Zusammenfassung zum Generalstreik. Vor dem Kriege ist dieses Mittel nie probiert worden. Aber seit nach den Friedensschlüssen das Machtbewußtsein der organisierten Arbeiterschaft stark angewachsen ist, haben die Streikbewegungen immer häufiger einen Charakter und Umfang angenommen, der an einen Generalstreik, d. h. an die Niederlegung der gesamten Arbeit im Reiche heranragte. In dem großen Proteststreik gegen den Kapp-Putsch kam die Politisierung des wirtschaftlichen Kampfmittels am schärfsten zum Ausdruck. Damals hat das deutsche Volk erfahren, daß große Streiks sich nie allein gegen den richten, den sie treffen sollen, sondern daß sie stets in breitester Front die gesamten übrigen Volksschichten angreifen. Wenn man sich jene Tage in die